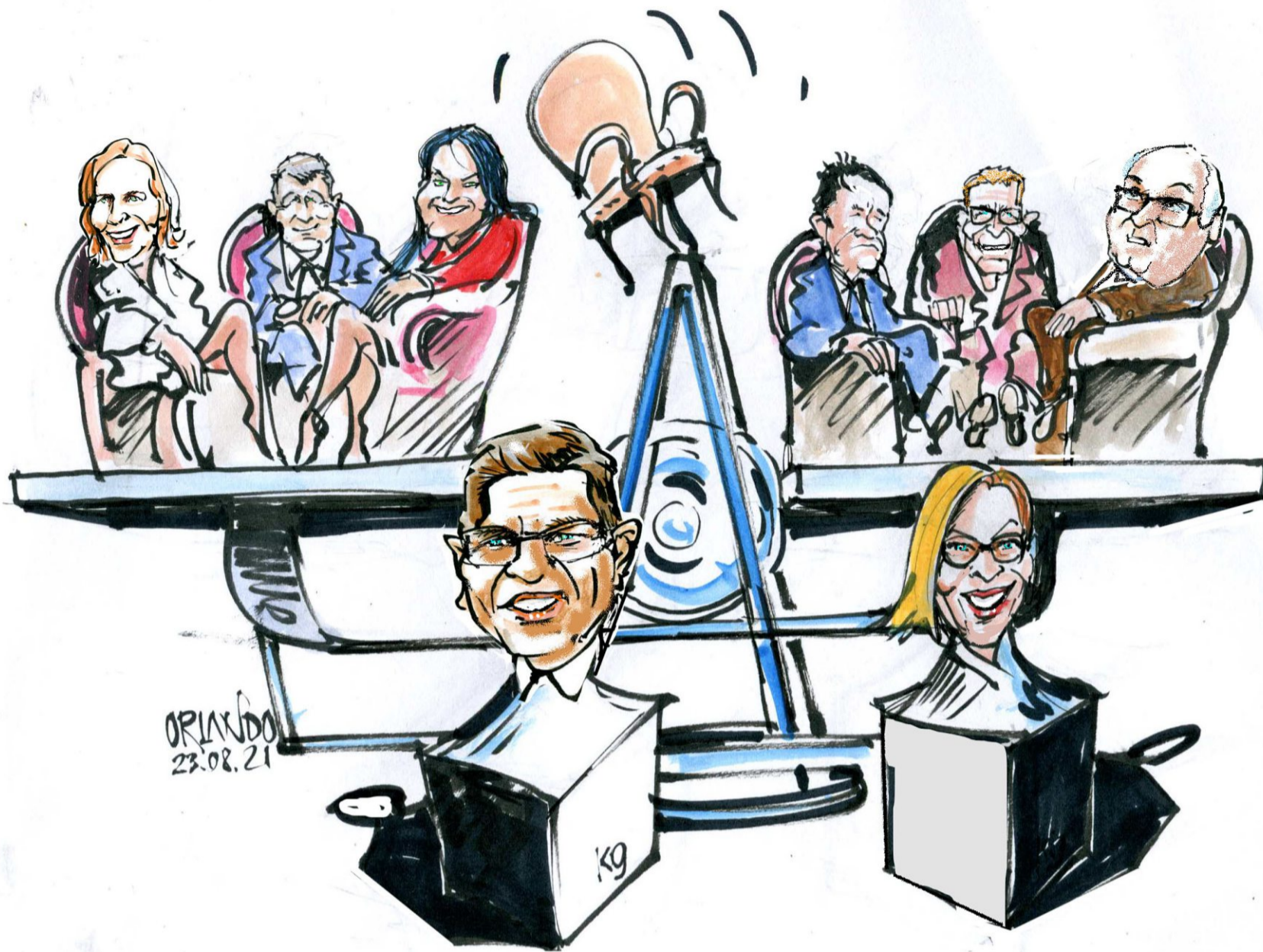


# Bern



## Wieso es im Kanton Bern zur rot-grünen Wende kommen könnte

**Machtwechsel** Zwar haben die Bürgerlichen für die kommenden Regierungswahlen die besseren Karten in der Hand. Dennoch dürften ihnen die Linken so gefährlich werden, wie schon lange nicht mehr.

**Brigitte Walser**

Die Ausgangslage hat es in sich. Die Regierungswahlen im Kanton Bern werden mit dem Sitz entschieden, den Beatrice Simon (Die Mitte) freigibt: Wer im März 2022 für sie nachfolgt, bestimmt die politische Ausrichtung der Regierung. Dies, weil drei Bürgerliche und drei Rot-Grüne im Regierungsrat verbleiben und als Bisherige grosse Chancen haben, wiedergewählt zu werden. Die neue, siebte Person wird das Zünglein an der Waage sein. Bleibt die Regierung mehrheitlich bürgerlich oder kippt sie nach links?

Bisherige Wahlausgänge lassen darauf schliessen, dass die Bürgerlichen das Rennen für sich entscheiden, Simons Sitz verteidigen und somit die bürgerliche Mehrheit in der Regierung bewahren. Die Wähleranteile, frühere Wahlergebnisse sowie das Vorgehen der Bürgerlichen sprechen für diese Variante. Läuft es so, dann wird Astrid Bäertschi (Die Mitte) als neue Kandidatin auf dem bürgerlichen Viererticket als Regierungsrätin gewählt.

Allerdings: Die SP kämpft mit vollem Einsatz für die Wende und scheut dafür weder Aufwand noch Ärger. Tatsächlich bezeichnet der Politikberater Mark Balsiger die Ausgangslage als «so spannend wie schon lange nicht mehr». Zwar tickte der Kanton Bern weiterhin bürgerlich, «aber die Ausgangslage prä-

sentiert sich offener als bei früheren Wahlen». Der mit Abstand grösste Verwaltungskreis Bern-Mittelland habe sich in eine rot-grüne Hochburg verwandelt. Balsiger verweist etwa auf die Abstimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz, welches im Kanton abgelehnt, im Verwaltungskreis Bern-Mittelland hingegen mit einem JA-Anteil von 59,6 Prozent angenommen wurde.

In der Tat hat sich die SP akribisch auf den Wahlkampf vorbereitet. Rein rechnerisch habe man zwar nicht die Mehrheit, räumt die Parteileitung ein. Ein Sitzanspruch ergebe sich aber aus den aktuellen Herausforderungen, etwa im sozialen Bereich.

Um die Wahlchancen zu erhöhen, änderte die SP kurzerhand ihre Strategie und wechselte von einem bernjurassischen Kandidaten zu Erich Fehr, dem Stadtpräsidenten von Biel. «Er ist sicher der chancenreichste Kandidat, auch wenn ihm die Strahlkraft seines Vorgängers Hans Stöckli abgeht», schreibt Balsiger auf Anfrage. Die Stadt Biel sei die zweite rot-grüne Hochburg neben Bern-Mittelland, «das stärkt Fehr».

### «Gerissene Machtpolitik»

Mit dem Kandidatenwechsel nicht genug. Die SP stiess auch die Grünen vor den Kopf, als sie auf dem Viererticket beharrte: Neben den drei bisherigen rot-grünen Regierungsmitgliedern

### «Die SP hat mit Fehr die Grünen vor Tatsachen gestellt – das war gerissene Machtpolitik.»

**Mark Balsiger**  
Politikberater

### Die Ausgangslage

Im März 2022 finden im Kanton Bern die Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrats und des Grossen Rats statt. Für die Regierungswahlen hat sich die Ausgangslage geklärt. SVP, Die Mitte, SP, EVP und GLP haben ihre Kandidatinnen und Kandidaten bereits nominiert. Geht es nach Plan, dann nominieren an ihren Versammlungen vom Dienstag und Mittwoch die Grünen Christine Häslar (bisher) und die FDP Philippe Müller (bisher). Es stehen dann folgende Kandidaten fest: — SVP: Christoph Neuhaus (bisher), Pierre Alain Schnegg (bisher) — FDP: Philippe Müller (bisher) — Die Mitte: Astrid Bäertschi (neu) — SP: Christoph Ammann (bisher), Evi Allemann (bisher), Erich Fehr (neu) — Grüne: Christine Häslar (bisher) — EVP: Christine Grogg (neu) — GLP: Casimir von Arx (neu) (bw)

soll einzig Fehr ins Rennen geschickt werden. «Die SP hat mit seiner Lancierung im Frühling die Grünen vor vollendete Tatsachen gestellt – das war gerissene Machtpolitik», kommentiert dies Balsiger. Eigentlich wollten die Grünen eine eigene Kandidatin stellen. Doch nun schlucken sie die Kröte. Bei der Abwägung zwischen Alleingang oder Bündnis habe man sich für Letzteres entschieden, erklärt die Parteileitung. Sie zieht die eigene Kandidatin zurück, die Delegierten müssen diese Strategie jetzt noch abnicken. «Mit einem Viererticket anzutreten, ist richtig, weil fünf Namen auf der Liste als arrogant wahrgenommen würden und zudem die Stimmkraft stärker zersplittern», so Balsiger.

Es wäre nicht das erste Mal, dass die Rot-Grünen die Wende in der Regierung des bürgerlich geprägten Kantons schafften. 1986 ist es ihnen für vier Jahre, 2006 gar für zehn Jahre gelungen, die Mehrheit zu stellen. Doch beide Male waren sie nicht allein aus eigener Kraft erfolgreich, sondern profitierten von Schwächen des bürgerlichen Lagers. FDP und SVP hatten sich 1986 entzweit, als die Finanzaffäre den Kanton erschütterte, und 2006 waren sie mit ihrem Sechserticket über die eigenen Machtansprüche gestolpert. Dieses Mal sind bei den Bürgerlichen keine Schwächen zu erkennen, die dem rot-grünen Lager

zugutekommen könnten. Das bürgerliche Bündnis ist beständig, und es beschränkt sich auf ein Viererticket.

### Zu wenig bekannt?

«Dass sich die neu fusionierte Partei Die Mitte frühzeitig darauf geeinigt hat, mit der SVP und der FDP in die Wahlen zu ziehen, hilft nun ihrer Kandidatin Astrid Bäertschi», hält Politikberater Balsiger fest. Sie werde von den drei bisherigen bürgerlichen Regierungsmitgliedern mitgezogen. Ab und zu wird die Befürchtung geäussert, Bäertschi sei zu wenig bekannt. Doch das lässt sich noch ändern. «Wichtig für sie ist es, dass sie sich in allen Regionen bei der bürgerlichen Wählerschaft zeigt und diese überzeugt», so Balsiger.

Bleiben noch EVP und GLP, die mit Christine Grogg und Casimir von Arx ebenfalls ins Rennen steigen. «Wir müssen es immer wieder probieren», hiess es bereits vor vier Jahren bei der GLP.

Aber zwischen den beiden grossen Lagern blieben EVP und GLP sowohl vor vier als auch vor acht Jahren chancenlos. «Selbst profilierte Figuren wie Marc Jost, Barbara Mühlheim oder Michael Köpfli waren stets weit vom absoluten Mehr entfernt», so Balsiger. Daran werde sich auch 2022 nichts ändern. «Die sieben Sitze gehen an die beiden grossen Blöcke, also an die Bürgerlichen und Rotgrün.»

## Die Stadt will Parkgebühren erhöhen

**Parksituation** In der Stadt Bern soll das Parkieren deutlich teurer werden. Dies schlägt der Gemeinderat dem Stadtparlament vor. Auf gebührenpflichtigen Parkplätzen soll die Stunde neu 3 Franken statt wie bisher 2.20 Franken kosten – mehr als der Preisüberwacher empfiehlt. Dieser empfiehlt eine maximale Gebühr von 2.50 Franken pro Stunde, wie der Berner Gemeinderat am Montag in einer Mitteilung schreibt. Laut dem Preisüberwacher sollten mit der Gebühr nur die direkten Kosten gedeckt werden.

Dies sieht der Stadtberner Gemeinderat anders: Nebst Mehreinnahmen für die Stadtkasse will er mit den Parkergebühren eine ökologische Lenkungswirkung erzielen. Die direkten Kosten von 2.39 Franken deckten die externen Kosten wie Umweltbelastung, Unfallkosten und die Bereitstellung der Infrastruktur nicht, hält die Regierung fest.

Würde man diese externen Faktoren voll dazurechnen, entstünden Kosten von etwas mehr als 5 Franken pro Stunde. Diese ganz zu überwälzen, sei jedoch unverhältnismässig, weshalb der Gemeinderat eine Gebühr von 3 Franken vorschlägt. Auf den Park+Ride-Plätzen soll die Gebühr pro Stunde von 1.10 auf 1.50 Franken steigen. Mit der Erhöhung der Parkergebühren sind Mehreinnahmen von 1,3 Millionen Franken verbunden.

Weiter sollen die Anwohnerinnen und Anwohner für das Parkieren in den Quartieren stärker zur Kasse gebeten werden. Der Preis der Anwohner-Parkkarte soll von heute 264 Franken auf 492 Franken steigen. Günstiger parkieren dürfen sollen einzig Lenkerinnen und Lenker von Elektrofahrzeugen – für mindestens 384 Franken pro Jahr.

Der Gemeinderat verspricht sich davon weitere Einnahmen von knapp 3 Millionen Franken. Die Erhöhung der Parkgebühren ist Teil des Massnahmenpaketes, mit dem der Gemeinderat die Stadt Bern aus den roten Zahlen holen will. (sda)

## Planung Egelsee-Wyssloch gestoppt

**Bildung** Für den dringend benötigten Schulraum am Standort Laubegg prüft die Stadt Bern, in einem Bürogebäude an der Nussbaumstrasse Räume zu mieten. Bis geklärt ist, ob eine solche Nutzung machbar ist, stoppt der Gemeinderat die Planung Egelsee-Wyssloch. Eine «zeitnahe» Realisierung des geplanten neuen Schulhauses auf dem Areal sei nicht gewährleistet, teilte die Stadtberner Regierung gestern mit. Gegen die Zonenplanung am Egelsee sind zahlreiche Einsprachen eingereicht worden. Der zusätzliche Bedarf an Schulraum sei jedoch bereits ab dem Jahr 2023 gegeben, mahnt der Gemeinderat.

Deshalb prüft die Stadt kurzfristig zur Verfügung stehende Lösungen – wegen der Dringlichkeit käme aber nur eine Mieta in Frage. Im Bürogebäude an der Nussbaumstrasse 29 wären grössere Flächen frei.

Der Gemeinderat will bis im Herbst entscheiden, wie es weiter geht. Über die Planung hätte sich als nächstens der Stadtrat beugen sollen. Die Volksabstimmung war für den 28. November vorgesehen. (sda)